

Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in Polen

Stephan Raabe
Leiter der KAS in Warschau, 21. November 2006

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 spielt in der öffentlichen Diskussion in Polen bisher kaum eine Rolle. Die polnische Innenpolitik ist derart dominant, dass europapolitische Themen nur am Rande wahrgenommen und bloß in Expertenkreisen diskutiert werden. Die generelle Haltung in der Bevölkerung zur EU und zum europäischen Verfassungsvertrag ist unterdessen wie die Umfragen zum Eurobarometer zeigen sehr positiv.

An der Fachdiskussion ist die Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen mit ihrem europapolitischen Schwerpunkt wesentlich beteiligt. So diskutierten jüngst in Warschau Experten aus den zehn EU-Beitrittsländern über die **Europäische Menschenrechtsagentur**. Auf zwei internationalen Konferenzen wurden die „**Östliche Dimension der europäischen Nachbarschaftspolitik**“ und die „**Energiepolitik**“ behandelt. Hochrangige Vertreter aus 15 EU-Staaten beschäftigten sich darüber hinaus mit „**Szenarios zur Lösung der konstitutionellen Krise in Europa**“. Deutlich wurde dabei, dass eine Loslösung von dem von den EU Regierungsvertretern unterzeichneten Verfassungsvertragswerk nach dem Motto „der Vertrag ist tot“ – das ist eine in Polen politisch vorherrschende Auffassung - in eine disparate Diskussion führt, die eine Lösung eher erschwert und auf Kosten der Mehrzahl derjenigen EU-Staaten geht, die den Vertrag bereits ratifiziert haben.

Die polnische Politik entzieht sich bisher dieser für die weitere Entwicklung der EU entscheidenden Diskussion. Der Vertrag wird seitens der konservativen Regierung und bürgerlichen Opposition abgelehnt, wobei vor allem die für Polen günstigere Stimmgewichtung des Vertrages von Nizza oder andersherum gesehen das starke Gewicht Deutschlands und Frankreichs beim neuen Vertrag eine zentrale Bedeutung spielt. Im übrigen hat die seit eineinhalb Jahren andauernde europäische **Reflexionsphase**, die in Polen durch Wahlkämpfe und Regierungsbildungen ausgefüllt war, jedoch zu keinen konstruktiven Überlegungen geführt. Momentan wartet sowohl die Regierung als auch die Opposition auf die Erarbeitung einer europapolitischen Position seitens des polnischen Präsidenten. Der Gedanke, dass man europapoli-

tisch mit der Parole „Nizza oder Tod“ nicht weiterkommt, setzt sich jedoch langsam Partei übergreifend durch.

Die **politischen Erwartungen** an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft richten sich - ebenfalls über die Parteigrenzen hinweg - insbesondere auf die **EU-Ostpolitik**, genauer hin auf eine realistisch-kritische, vor allem europäisch integrierte Russland- und Energiepolitik sowie auf die mittel- bis langfristige europäische Beitrittsperspektive der Ukraine und der anderen ost-europäischer Staaten. Nach den Worten des polnischen Premiers Jaroslaw Kaczynski bei seinem Antrittsbesuch in Berlin am 30. Oktober genießt die **Energiepolitik** (gemeinsamer Energiemarkt, Russlands Unterschrift der Energiecharta) für Polen **„höchste Priorität, die von fundamentaler Bedeutung ist“**. Hier sieht Polen seine elementaren „wirtschaftlichen und politischen Interessen ... in Gefahr ...“, weil Energiepolitik eventuell als Waffe benutzt werden könnte“. Eine eigene deutsch-polnische Arbeitsgruppe beschäftigt sich auf Regierungsebene mit dem Thema. Bereits beim Europarat im März in Brüssel werden erste Ergebnisse angestrebt. Hinsichtlich der Ratspräsidentschaft erwartet der Premier von Deutschland „wirklich **mutige Entscheidungen** ...“, die sich auf die Zukunft der EU beziehen, insbesondere auf den Verfassungsvertrag ...“. Die Frage, welche Haltung Polen dabei einnehmen wolle, beantwortete er nicht. Allerdings liegt der Vorschlag Kaczynskis zur Gründung einer **„EU-Armee“** vor, den er bei seinem Besuch in Berlin unterbreitete. Dies würde eine deutliche Vertiefung der **Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** und entsprechende politische Strukturen in der Union voraussetzen.

Generell wünscht man sich in Polen von Deutschland eine **verständnisvolle Mittlerrolle**, die den kleineren und neuen EU-Staaten größere Beachtung schenkt und die Interessen Polens bezüglich der Wertegrundlage und Identität der Gemeinschaft, der Mitsprache (Stimmengewicht) in der EU, der zur polnischen Staatsräson gehörenden Ostpolitik (Gürtel souveräner, demokratischer Staaten), der Energiesicherheit oder der russischen Differenzierungsstrategie überhaupt (Lebensmittelembargo gegen Polen) stärker berücksichtigt.

Die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel** wird besonders an ihrer Aussage bei ihrem Besuch als Kanzlerkandidatin in Warschau Mitte August 2005 gemessen, keine Politik mit **Russland** über die Köpfe der Polen und der mittelosteuropäischen Völker hinweg zu betreiben und auf dem Weg nach Moskau bildlich gesprochen jeweils in Warschau zu Konsultationen zwischenzulanden. Dies ist deshalb ein höchst **neuralgischer Angelpunkt**, weil in Polen der begründete Eindruck vorherrscht, dass Russland eine vor allen Polen und die baltischen Staaten ausgrenzende Strategie verfolgt und die EU durch unterschiedliche Standards und bilaterale Sonderangebote auseinander zu dividieren versucht. Dies lässt in Polen schnell die dunklen Schatten der Vergangenheit aufleben, die Erinnerung an die Jahrhunderte, in denen

Polen zwischen Deutschland und Russland machtpolitisch zerrieben und schließlich besetzt und von der Landkarte getilgt wurde.

Die **Ukrainepolitik** hat für Polen eine besondere Bedeutung. Ähnlich wie Polen für Deutschland in den 90er Jahren mehr als ein Partner war und auch heute noch ist, sieht sich Polen jetzt in der Rolle eines „**Anwalts der Ukraine**“ bei der Heranführung des Nachbarn an die NATO und EU. Hier wirbt und baut man auf die Unterstützung Deutschlands. Parlamentsabgeordnete der liberal-konservativen Bürgerplattform und der CDU/CSU haben gerade vereinbart, in einer Arbeitsgruppe gemeinsame Vorschläge für die Ukrainepolitik zu erarbeiten.

Im Bereich der ökonomischen und sozialen Entwicklung werden Impulse für den **Lissabon-Prozess** und für den **freien Arbeitsmarkt** in Europa erhofft. Während es in den alten Mitgliedsstaaten beim Thema **Europäische Solidarität** eher um den Erhalt der Lebensstandards, die Koordination der Politik und um gemeinsame Regeln für die Wirtschaft geht, steht in Polen wie überhaupt bei den neuen Mitgliedsstaaten der Aspekt der Hilfe zur Erreichung des durchschnittlichen europäischen Lebensstandards im Vordergrund, ein Prozess, der noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird.

Die polnischen Mitglieder der **Europäischen Volkspartei**, die liberal-konservative „**Bürgerplattform**“ PO und die bäuerliche „**Volkspartei**“ PSL unterstützen als Oppositionsparteien die Erwartungen der konservativen polnischen Regierung. Gleichzeitig erhoffen sie eine konstruktivere Haltung Polens in der EU nach der mit den Regionalwahlen im November abgeschlossenen Wahlkampfzeit. Mit Blick auf den Verfassungsvertrag und die Fortführung der Integration sind sie aufgeschlossener als die Regierungsparteien „Recht und Gerechtigkeit“ PiS, „Selbstverteidigung“ Sam und „Liga der polnischen Familien“ LPR, die bisher das Image nationaler Euroskepsis pflegten. Sollte sich das Image der konservativ-populistischen Koalition als eines europäischen Störenfriedes durch fortdauernde Halsstarrigkeit verfestigen, riskiert Polen, in der Europäischen Union ins Abseits zu geraten und damit die eigenen europapolitischen Interessen zu konterkarieren. Die nach Osten erweiterte Union ist jedoch auf den positiven Beitrag Polens zur Zukunft Europas angewiesen.